

NIEDERSCHRIFT Rat/022/2007

über die Sitzung **des Rates der Stadt Billerbeck** am 19.06.2007 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Herr Jochen Dübbelde
Herr Bernhard Faltmann
Herr Günther Fehmer
Herr Florian Heuermann
Herr Ludger Kleideiter
Herr Bernhard Kortmann
Herr Willi Krause
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Franz-Josef Schulze
Thier
Frau Birgit Schulze Wierling
Herr Karl-Heinz Ueding
Herr Werner Wiesmann
Herr Franz Becks
Herr Jürgen Brunn
Frau Gabriele Mönning
Herr Peter Nowak
Herr Martin Pfeiffer
Herr Hans-Joachim Spengler
Herr Klaus Wieling
Herr Heinz Roggenkamp
Herr Ulrich Schlieker

Entschuldigt fehlen:

Herr Thomas Hagemann
Herr Hans-Jürgen Dittrich
Herr André Heßling
Herr Thomas Tauber

Von der Verwaltung:

Herr Peter Melzner
Herr Gerd Mollenhauer
Frau Birgit Freickmann Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:10 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Dirks bittet um Erweiterung der Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung um zwei Vergaben für die Don-Bosco-Hauptschule. Beide Vergaben lägen in der Zuständigkeit des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses. Um eine Dringlichkeitsentscheidung zu umgehen, schlage sie vor, diese Vergaben heute zu beschließen. Gegen die Erweiterung der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Mollenhauer berichtet über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2. Prüfung der Jahresrechnung 2006

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

1. Aufgrund des § 94 GO NRW a. F. beschließt der Rat die vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüfte Jahresrechnung 2006.

Stimmabgabe: einstimmig

Die Bürgermeisterin übergibt den Sitzungsvorsitz an den 1. stellv. Bürgermeister Herrn Faltmann. Dieser lässt über den zweiten Teil des Beschlussvorschlages des Rechnungsprüfungsausschusses abstimmen.

Beschluss:

2. Die Ratsmitglieder erteilen der Bürgermeisterin vorbehaltlos Entlastung.

Stimmabgabe: 22 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

Frau Dirks übernimmt wieder den Sitzungsvorsitz.

3. Vorstellung und Erläuterung der Produktbildung (Produktbuch) nach NKF bei der Stadt Billerbeck

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Rat nimmt die im Zuge der Einführung des NKF bei der Stadt Billerbeck gebildeten Produkte zur Kenntnis.

Stimmabgabe: einstimmig

4. 27. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie Aufstellung der 4. Änderung des Bebauungsplanes "Industriegebiet Hamern" hier: Vorstellung des aktuellen Planentwurfes und Beschluss zu weiteren Beteiligungsverfahren

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses an und fasst folgenden

Beschluss:

Mit dem Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes „Industriegebiet Hamern“ ist eine frühzeitige Bürgeranhörung nach § 3 Abs. 1 BauGB und eine frühzeitige Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Antrag zur Teilnahme am LEADER-Wettbewerbsverfahren

Herr Fehmer führt an, dass in zwei Sitzungen ausführlich über dieses Thema diskutiert worden sei. Heute Nachmittag habe er mit den Fraktionsvorsitzenden der CDU in Rosendahl, Nottuln und Havixbeck telefoniert und erfahren, dass über die Teilnahme am Leader-Wettbewerb in Rosendahl heute im HFA entschieden werden soll. Ein eindeutiges Votum sei seitens der CDU-Fraktion nicht zu erkennen. In Nottuln sei die Entscheidung nach der ersten Beratung im HFA nach Rücksprache mit Herrn Ehling von der Wirtschaftsförderung Kreis Coesfeld GmbH (wfc) auf Ende August/Anfang September vertagt worden. Die Entscheidung in Havixbeck sei - anders als von der Verwaltung in der Vorlage angeführt - ebenfalls vertagt worden auf den 6. September 2007, mit der gleichen Begründung wie in Nottuln. Die Verwaltung sei beauftragt worden, konkrete Projekte anhand der in den ILEK-Arbeitskreisen erarbeiteten Vorschläge zu umschreiben, die dann in das Leader-Projekt aufgenommen werden sollen.

Er glaube, dass dies auch für Billerbeck der richtige Weg sei. Auch nach den zwei Sitzungen, in denen hier ausgiebig über die Teilnahme an dem Leader-Wettbewerb diskutiert wurde, sei für ihn die Sache noch nicht konkret genug. Die Verwaltung sollte auf der Grundlage des ILEK konkrete Projekte beschreiben, die dann im Rahmen des Leader-Wettbewerbes mit auf den Weg gebracht werden. Wenn die Teilnahme an dem Leader-Wettbewerb in Billerbeck an ganz konkreten Maßnahmen festgemacht werden könne, dann würde ihm die Entscheidung zur Teilnahme erheblich leichter fallen. Das Regionalmanagement könne dann von der wfc oder einer anderen Institution übernommen werden.

Frau Dirks führt aus, dass in Havixbeck ein Arbeitskreis eingesetzt worden sei, in dem auch die verschiedenen Fraktionsvorsitzenden vertreten seien, um Projekte zu entwickeln. Sie wundere sich darüber, weil Projekte doch bereits im Rahmen des ILEK entwickelt worden seien.

Auf Nachfrage beim Bürgermeister der Gemeinde Nottuln habe dieser kein eindeutiges Meinungsbild formulieren können. Sie habe dem Gespräch entnommen, dass das Regionalmanagement durch die wfc wohl nicht das Hauptthema sei, sondern die Kofinanzierung der eigenen Projekte.

Von Herrn Niehues aus Rosendahl habe sie die Information erhalten, dass dort wohl auf die Entscheidungen der anderen Baumberge-Gemeinden gesehen werde.

Anknüpfend an die Ausführungen des Herrn Fehmer listet Herr Wieling die Projekte auf, deren Umsetzung in den nächsten Jahren den Billerbecker Bürgern versprochen worden sei: Freibadsanierung, Radwege an Land- und Kreisstraßen, Fahrradfreundliche Stadt, sukzessive Fortführung der Realschulsanierung, schrittweise Umsetzung der Barrierefreiheit und möglicherweise die Unterstützung des Sportvereines bei der Herstellung eines Kunstrasenplatzes. Diese genannten Projekte könnten im Rahmen des Leader-Programmes nicht umgesetzt werden. Die im Rahmen des Leader-Projektes geförderten Maßnahmen seien vielleicht wünschenswert, in Billerbeck aber nicht notwendig, zumal sie auch nicht bezahlbar seien. Für die Umsetzung müsse ein hoher Verwaltungsaufwand betrieben werden. Das Leader-Konzept halte er nicht für ausgereift und finde bei der SPD-Fraktion keine Zustimmung.

Herr Schlieker macht deutlich, dass viele Dinge noch im Argen lägen. Hier in Billerbeck ginge es im Wesentlichen um Kirchturmdenken, wesentliches Merkmal der Leader-Förderung sei aber der regionale Ansatz. Bauchschmerzen bereite ihm die Bahnhofstraße, die in den Mittelpunkt gerückt werden solle, auch hier gehe es wieder um Bäume. Er könne nur den Vorschlag unterstützen, die Entscheidung bis September zu vertagen. Bis dahin müssten die Dinge konkretisiert und ggf. ein Weg gefunden werden, wie der Anteil, den die wfc bekomme, von vornherein auf ein verträgliches Maß reduziert werden kann. Ein Verwaltungskostenaufwand von 15% sei viel zu hoch.

Frau Dirks weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag keine Beauftragung der wfc vorsehe, vielmehr werde vorgeschlagen, über das Regionalmanagement erst dann zu sprechen, wenn die Bewerbung erfolgreich verlaufe.

Herr Schlieker merkt an, dass dies aber im Voraus besprochen werden müsse.

Herr Nowak betont, dass im Rahmen des Leader-Projektes z. B. für das Regionalmanagement Geld ausgegeben werden müsse, das man nicht habe. Die von Herrn Wieling aufgelisteten, für Billerbeck wichtigen Projekte müssten hinten angestellt werden. Die Sparkassenstiftung werde oft

als Geldgeber genannt, aber auch hier könne der Euro nur einmal ausgegeben werden. Die beteiligten Baumberge-Gemeinden würden bestimmt nicht ihre Zustimmung zu einem Projekt geben, von dem sie nicht auch selbst profitierten. Deshalb werde er nicht zustimmen. Es solle Geld ausgegeben werden, das nicht vorhanden ist. Es müsse versucht werden, aus anderen Quellen, wie z. B. dem ILEK Fördermittel zu bekommen. Für Verwaltungskosten 100.000,-- € auszugeben, könne er nicht verantworten.

Herr Mollenhauer macht deutlich, dass die Lokale Aktionsgruppe (LAG) gebildet werde, wenn die Bewerbung positiv beschieden werde. Die Gemeinden werden angemessen hierin vertreten sein. Die einzige Vorgabe sei, dass die LAG mindestens zu 50% aus Privaten bestehen müsse. Man habe sich darauf verständigt, dass in der LAG auf jeden Fall die Bürgermeister vertreten sein sollten, aber auch Mitglieder aus den Arbeitskreisen des ILEK, z. B. ein Vertreter des IBB. Zu den Verwaltungskosten stellt er richtig, dass der Gemeindeanteil max. 50.000,-- € betrage, das seien 10.000,-- €/Jahr.

Herr Mollenhauer weist weiter darauf hin, dass das Arbeitsleben in der Verwaltung zum großen Teil darin bestehe, an Fördermittel zu gelangen. Wenn an einer Stelle das Know-how zusammengepackt und für alle Gemeinden Fördertöpfe akquiriert werden, dann könne man am Ende mehr erreichen.

Auf Einwand von Herrn Schlieker, dass in den Gemeinden ein Kirchturmdenken vorherrsche, erläutert Herr Mollenhauer, dass z. B. unter dem Oberbegriff „Baumberger Sandstein“, z. B. in Billerbeck die Stadttore, in Havixbeck eine Platzsituation oder ein Sandsteinpfad verwirklicht werden können. Die Kommunen könnten einzelne Projekte einbringen mit dem Ziel, den Baumberger Sandstein als bedeutendes Element zu stärken.

Dies könne man tun, dafür sei aber keine Leader-Teilnahme erforderlich, so Herr Wieling.

Herr Mollenhauer betont, dass die Leader-Förderung einen gemeinsamen Ansatz habe. Die Barrierefreiheit sei ein Leitprojekt, in dem z. B. gemeinsame Pläne erstellt und eine gemeinsame Ausschilderung vorgenommen werden können. Das seien keine Kirchturmprojekte, vielmehr werde an einem gemeinsamen Ziel gearbeitet.

Herr Schlieker wirft ein, dass in Coesfeld die Barrierefreiheit gar nicht angesprochen wurde und in der Priorität ganz unten stehe. Zunächst sollten wie von Herrn Fehmer vorgeschlagen, die Projekte konkret beschrieben werden.

Herr Schulze Thier führt an, dass es um eine regionale Strukturförderung gehe. Er habe an einer Versammlung der EUREGIO teilgenommen und sei bei der Bewerbung für die Regionale 2013 gewesen. Ziel dieser Maßnahmen bzw. der Politik sei, die gesamte Region voranzutreiben. Wenn durch die Regionale 2013 Fördermittel ins Westmünsterland fließen, dann sei die Leader-Förderung ein Bindeglied und es bestehe die Chan-

ce, beim Leader-Wettbewerb vorne anzustehen. Bisher habe er auch immer die eigene Gemeinde voranbringen wollen, seit dem er diese beiden Veranstaltungen besucht habe, sehe er das anders.

Wenn hier mehrfach von Kirchturmpolitik die Rede sei, so Frau Mönning dann würde das ja bedeuten, dass die bisherige Politik hier vor Ort schlecht gewesen sei. Man habe sich über Jahre für die Belange der Menschen dieser Stadt eingesetzt. Herr Wieling habe die Projekte genannt und wenn man sich hierfür einsetze, dann sei das kein Kirchturmdenken. Manche Dinge, die im Rahmen des Leader-Projektes liefen, halte sie für erpresserisch. Wenn man diese Förderpraxis nicht akzeptiere, dann müsse man sich eben verweigern und offensichtlich verweigerten sich andere Kommunen auch. Sicherlich stünden zukünftig auch noch andere Fördertöpfe zur Verfügung.

Herr Krause kommt auf die Besetzung der LAG zurück. Es könne doch nicht sein, dass Private über die Projekte entscheiden und über die Verwendung von Geldern befinden. Diese Aufgabe obliege dem Rat, der von den Bürgern gewählt worden sei. Positiv sehe er, dass heute eine kritische Diskussion geführt und festgestellt wurde, dass es noch nicht an der Zeit sei, eine Entscheidung zu treffen und dies die anderen Gemeinden auch erkannt hätten. Er stelle den Antrag, dem o. a. Vorschlag von Herrn Fehmer zu folgen und heute keine Entscheidung zu treffen.

Herr Kortmann stellt heraus, dass jetzt die Möglichkeit bestehe, an Fördermittel zu gelangen. Die Umsetzung der Barrierefreiheit sei nur möglich, wenn sich die Baumberge-Gemeinden zusammenschließen. Auch das Ziel, den Baumberger Sandstein als bedeutendes Element zu stärken, sehe er positiv. Man sollte die Bedenken über den finanziellen Aufwand, der ja überschaubar sei, nicht in den Vordergrund stellen und das Ganze positiv begleiten.

Herr Mollenhauer stellt an Herrn Krause gewandt richtig, dass die LAG nicht über das Geld der Stadt entscheide.

Nach weiterer Erörterung konkretisiert Herr Fehmer den Antrag des Herrn Krause und beantragt, die Verwaltung zu beauftragen, konkrete Projekte für Billerbeck zusammen zu fassen, fußend auf bisherige Ideen des ILEK und im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss vorzustellen. In diesem Zusammenhang soll die Verwaltung auch Alternativen zum Regionalmanagement vorschlagen, mit der Vorgabe, den Kostenanteil zu senken.

Herr Wieling gibt zu bedenken, dass die Projekte, die die Verwaltung nach den Ferien vorlegen solle, nicht die Projekte seien, die für Billerbeck als wichtig angesehen werden. Oberste Priorität habe bei der letzten Kommunalwahl die Sanierung des Freibades gehabt. Wenn ein Ziel der Leader-Förderung die Förderung des Kulturgutes der Region sei, dann müsse es auch möglich sein, das unter Denkmalschutz stehende Freibad zu fördern. Nach Abstimmung mit Kollegen aus der Fraktion und den Nachbargemeinden sei die SPD-Fraktion der Auffassung, dass das Leader-Projekt für Billerbeck nicht geeignet ist. Sie lehnten die Teilnahme an

dem Wettbewerbsverfahren ab.

Es spreche nichts dagegen, die Sanierung des Freibades als Leader-Projekt vorzusehen, so Frau Dirks. Nur sei eine Förderung nach ihren Informationen nicht möglich.

Herr Schlieker kann sich dem Antrag der CDU-Fraktion anschließen, würde diesen aber dahingehend erweitern, dass nicht nur Projekte erarbeitet und vorgelegt werden sollen, sondern auch deren Finanzierung konkret dargestellt werden soll.

Herr Nowak macht deutlich, dass er heute nur die Möglichkeit sehe, die Teilnahme am Leader-Wettbewerbsverfahren abzulehnen. Wenn die Verwaltung mit der Aussage komme, dass das Freibad als Leader-Projekt förderfähig sei, dann könne man im August neu diskutieren und abstimmen.

Herr Fehmer stellt schließlich den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, konkrete Projekte, auch über die im ILEK beschriebenen Projekte hinaus, zu beschreiben und mit Kosten zu hinterlegen. Darüber hinaus sind Alternativen bzgl. des Regionalmanagements aufzuzeigen, mit der Maßgabe, die Kosten hierfür möglichst gering zu halten.

Dieser Antrag wird mit **15 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung angenommen.**

6. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Juni 2007 hier: Antrag auf Verlängerung der täglichen Betriebszeit der Regionalbahn RB 63

Herr Schlieker führt zur Begründung des Antrages aus, dass die Einrichtung der Haltestelle Kulturallee entscheidend von der Mittelbereitstellung durch das Land abhängt. Leider habe die CDU-Landesregierung die Mittel für die weniger frequentierten Strecken des ÖPNV, dazu gehöre auch die Strecke Coesfeld – Münster, zusammen gestrichen. Deshalb wolle er die CDU-Fraktion auffordern, Druck auf ihre Landtagsabgeordneten auszuüben. Der Haltepunkt sei für viele Schüler des Schulzenrums sehr wichtig und letztlich erweitere dieser auch die Erreichbarkeit des Kulturangebotes der Stadt Coesfeld. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wolle durch eine Reihe von Anträgen erreichen, dass der Takt spätestens mit der Errichtung der neuen Kulturhaltestelle ausgedehnt wird. Da mit der Einrichtung dieser Bahnhaltestelle der im Winter verkehrende Badebus überfällig würde, sollten die hierfür bereitgestellten Mittel der Förderung des Schwimmens zur Verfügung gestellt werden.

Die Verwaltung sollte beauftragt werden, einen Antrag beim Zweckverband SPNV Münsterland zu stellen, der eine Verlängerung der täglichen Betriebszeit der RB 63 (Münster – Coesfeld) zum Gegenstand hat.

Frau Dirks stellt fest, dass Konsens bestehe, dem Fraktionsantrag zu folgen.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

7. Mitteilungen

7.1. Zusätzliche Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 7. August 2007 - Herr Mollenhauer

Herr Mollenhauer teilt mit, dass unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch den Ausschussvorsitzenden Herrn Dittrich am 7. August 2007 eine Sitzung des Schul- und Sportausschusses zum Thema Freibad eingeschoben werden soll. Es hätten sich tlw. neue Aspekte ergeben. Da die Förderanträge bis Ende August gestellt werden müssten, die nächste Sitzung des Schul- und Sportausschusses erst am 23. August 2007 geplant sei, solle diese Sitzung eingeschoben werden.

7.2. Stromausfall in der Nacht vom 7./8. Mai 2007 - Herr Mollenhauer

Zur Anfrage von Herrn Becks nach dem Grund für den Stromausfall im Wüllen, teilt Herr Mollenhauer mit, dass lt. RWE in der Nacht vom 7. auf den 8. Mai 2007 keine Versorgungsausfälle gemeldet worden seien. Bedingt durch eine Kabelstörung habe es aber einen Ausfall der Straßenbeleuchtung im Bereich Kerkeler/Wüllen gegeben.

7.3. Baumaßnahme Darfelder Straße - Herr Mollenhauer

Zur Nachfrage von Herrn Krause, wann die Fahrbahnmittelmarkierung aufgebracht werde, teilt Herr Mollenhauer mit, dass lt. Aussage des Landesbetriebes bei Erneuerungen in einer Ortsdurchfahrt grundsätzlich keine Mittelmarkierungen mehr aufgebracht werden.

7.4. Fehlende Bürgersteigabsenkung an der Gartenstraße - Frau Dirks

Frau Mollenhauer habe auf fehlende Bürgersteigabsenkungen im Bereich der Sackgasse Gartenstraße hingewiesen, so Frau Dirks. Hierzu habe ein Ortstermin mit der Straßenverkehrsbehörde und einem Vertreter der Polizei Coesfeld stattgefunden. Tenor der Ortsbesichtigung sei gewesen, dass den Radfahrern durch eine Bordsteinabsenkung ein ungehindertes Queren der Fahrbahn suggeriert werde, zumal sich auf der anderen Straßenseite eine Bordsteinabsenkung zum Schuhhaus Kentrup befinde. Dies könnte zu erheblichen Verkehrsgefährdungen für Radfahrer führen, wenn sie anscheinend ungebremst die Straße überqueren können. Bei der derzeitigen baulichen Situation sei diese Gefahr bislang noch nicht aufgetreten. Hinzu komme noch, dass die Sichten durch vorhandene Be-

pflanzungen eingeschränkt seien.

Für die Behinderten bestehe die Möglichkeit, die vorhandene Querungshilfe im Kreuzungsbereich oder die ca. 35 m weiter – in westlicher Richtung/Fahrtrichtung zum neuen Friedhof – gelegene Bordsteinabsenkung zu nutzen.

Sofern eine Bordsteinabsenkung vorgenommen werde, müsste im Bereich des Gehweges an der Gartenstraße eine Umlaufsperrung zum Schutz der Radfahrer angelegt werden. Hierfür müsste das vorhandene Beet umgewandelt werden. Diese Maßnahme sei aus Sicht der Verwaltung aus verkehrs- und kostentechnischen Gründen nicht erforderlich.

7.5. Ampelanlage Osterwicker Straße - Frau Dirks

Frau Dirks bezieht sich auf die Anregung des Herrn Fehmer, die Ampelanlage Osterwicker Straße/Hagen nachts auszuschalten und teilt hierzu mit, dass nach Angaben des Straßenbaulastträgers eine Abschaltung in der Zeit von 22:00 – 6:00 Uhr eine Energiekostensparnis von jährlich 400,- € bringen würde. Die Jahresgesamtennergiekosten beliefen sich auf 1.337,51 €. Bei der Entscheidung über eine Abschaltung müsse das Verhältnis zwischen den Faktoren Sicherheit und Kosten/Umwelt beurteilt werden. Aus Sicht der Verwaltung sollte dem Faktor Sicherheit wesentlich größere Bedeutung beigemessen werden. Seit 2004 seien bei einer ganztägigen Schaltung 4 Bagatellunfälle ohne Personenschäden von der Polizei registriert worden. Dies sei ein Indiz für die derzeit vorhandene Sicherheit. Mit der Beibehaltung der ganztäglichen Ampelschaltung würden auch nachts schwächere Verkehrsteilnehmer geschützt. Außerdem springe die Ampel bei geringer Verkehrsbelastung schnell um. Die jährliche Einsparung von 400,- € sei im Verhältnis zu der gegebenen Sicherheit als geringwertiger zu beurteilen. Auf eine Abschaltung der Ampel sollte aus Sicherheitsgründen verzichtet werden.

7.6. Tempo 30 vor dem Zebrastreifen am Hagen - Frau Dirks

Frau Dirks bezieht sich auf die Nachfrage von Herrn Pfeiffer, ob vor dem Zebrastreifen am Hagen die Geschwindigkeit auf 30 km/h reduziert werden könne und teilt hierzu mit, dass diesbezüglich eingehende Gespräche mit der Polizei und der Straßenverkehrsbehörde geführt wurden. Nach Auskunft des Bezirksdienstes der Polizei, die ständig vor Ort die Schüler begleiteten, seien im Bereich des Fußgängerüberweges an der Industriestraße keine besonderen Gefahrenpunkte für die querenden Schulkinder festgestellt worden. Die vorhandenen vom Kreis angeordneten Maßnahmen, wie der Hinweis auf den Fußgängerüberweg mit blauweißer Ummantelung, die Zebrastreifen und die Beleuchtung wären aus Sicht der Polizisten ausreichend. Das Verkehrskommissariat der Polizei halte ebenfalls Tempo 30 an der Landstraße für nicht erforderlich und verweise auf entsprechende Richtlinien für die Einrichtung von Tempo-30-Bereichen. Außerdem werde auf die besondere Aufmerksamkeitsverpflichtung des Autofahrers nach § 26 StVO und auf die Zweckbestim-

mung der Landstraße hingewiesen. Bei Tempo 30 würden Beeinträchtigungen für den fließenden Verkehr (Rückstau durch LKW bis in den Kreisverkehr) befürchtet.

Bislang habe es seit Einrichtung des Fußgängerüberweges 4 Auffahrunfälle gegeben, die alle auf Unachtsamkeit der Autofahrer zurückzuführen seien.

Auch aus Sicht der Straßenverkehrsbehörde, mit der eine mögliche Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h erörtert wurde, bestehe derzeit keine Veranlassung für eine Reduzierung auf 30 km/h. Als zusätzliche Maßnahmen im Bereich des Fußgängerüberweges werde das Tempomessgerät regelmäßig aufgehängt. Darüber hinaus sei die Polizei gebeten worden, in diesem Bereich zu „blitzen“.

7.7. Projekt "Informierte Eltern haben es leichter! - Informationen und Tipps für junge Familien" - Frau Dirks

Frau Dirks informiert den Rat über ein eingegangenes Schreiben der CDU-Fraktion bzgl. des Projektes „Informierte Eltern haben es leichter ...“. Hierin werde sie gebeten, verschiedene Möglichkeiten über die Inhalte eines Begrüßungspaketes zu prüfen, die Erfahrungen aus anderen Gemeinden einzuholen, die Kosten für die Stadt zu ermitteln und die Ergebnisse im zuständigen Ausschuss vorzustellen. Dieses Schreiben sei verwaltungsseitig nicht als Fraktionsantrag aufgefasst worden. Das Projekt laufe bereits im Kreis Coesfeld. Auf Nachfrage beim Kreis Coesfeld sei ihr mitgeteilt worden, dass dieses Projekt auch für Billerbeck in Angriff genommen werde. Eine Information erfolge nach der Sommerpause. In Abstimmung mit der Ausschussvorsitzenden werde sie die Angelegenheit dann auf die Tagesordnung setzen.

8. Anfragen

8.1. Anmeldezahlen für die Hauptschule zum Schuljahr 2007/08 - Frau Mönning

Frau Mönning fragt nach, ob es richtig sei, dass die Hauptschule zum neuen Schuljahr mit nur 31 Anmeldungen einzülig fahren müsse. Wenn das so sei, seien die Hoffnungen, die noch in der letzten Schul- und Sportausschusssitzung gehegt worden seien böse geplatzt.

Frau Gaußelmann habe in der Sitzung darauf hingewiesen, dass die Anmeldezahlen noch nicht endgültig seien, weil u. a. noch nicht alle Verfahren über den richtigen Förderort für integrative Kinder abgeschlossen seien, so Frau Dirks.

Frau Mönning stellt fest, dass sich eine Einzüligkeit abzeichne, was sehr erschreckend sei.

8.2. Aufstellung von Stopp-Schildern im Bereich der Bergstraße/Kloster Gerleve/Wirtschaftsweg - Herr Fehmer

Herr Fehmer erkundigt sich, ob der Verwaltung bekannt sei, warum an der Kreuzung der Straße vom Kloster zur Bergstraße und an dem gegenüber liegenden Wirtschaftsweg zur Bergstraße Stoppschilder aufgestellt worden seien.

Frau Dirks sagt zu, entsprechend zu berichten.

8.3. Aufhebung der Sperrung der Coesfelder Straße - Herr Fehmer

Herr Fehmer bezieht sich auf die Mitteilung in der Betriebsausschusssitzung, dass die Coesfelder Straße am 21. Juni 2007 wieder freigegeben werde.

Nach Auskunft von Herrn Hein werde die Sperrung erst Anfang Juli aufgehoben, so Herr Mollenhauer.

8.4. Schneiden des Straßenbegleitgrünes - Herr Fehmer

Herr Fehmer weist darauf hin, dass das Straßenbegleitgrün an der Bergstraße unbedingt geschnitten werden müsse. Autofahrern, die von der Westhellener Schule kommend nach rechts auf die Bergstraße einbiegen wollten, sei die Sicht versperrt.

Frau Dirks sagt zu, den Hinweis weiter zu geben.

8.5. Abfuhr der Mülltonnen - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring weist darauf hin, dass in einigen Wohnstraßen im Wohngebiet Oberlau die Zufahrt für Müllfahrzeuge nicht möglich sei, wenn auf den ausgewiesenen Stellflächen Fahrzeuge parkten. Außerdem seien die Straßenlampen nicht so hoch, dass die Müllfahrzeuge darunter her fahren könnten. Er fragt nach, ob aufgrund dieser Tatsache die Fa. Remondis nach den vertraglich festgelegten Bedingungen befugt sei, die Mülltonnen stehen zu lassen und nach welchen Kriterien die Stellplätze angelegt worden seien.

Das Problem könnte durch das Wegnehmen der Stellfläche gelöst werden, so Herr Melzner. Die Frage, ob die Fa. Remondis die Tonnen stehen lassen dürfe, müsse rechtlich geprüft werden.

Herr Dr. Meyring bittet um Prüfung dieser Frage.

Herr Mollenhauer führt zu den Kriterien für die Anlegung von Stellplätzen aus, dass diese damals so angelegt worden seien, dass die Müllfahrzeuge durchpassten. Wenn sich die Größe der Müllfahrzeuge geändert habe, müssten die Stellflächen ggf. entfernt werden. Die Straßenlampen könnten erhöht werden.

Herr Dr. Meyring bittet darum, die Knackpunkte aufzulisten.

Verwaltungsseitig wird zugesagt, die Informationen über die Fa. Remon-

dis zusammenzutragen und entsprechend zu berichten.

8.6. Durch die Fa. Remondis umgefahrener Baum im Wüllen - Herr Becks

Herr Becks weist darauf hin, dass im Wüllen ein Baum von einem Müllfahrzeug umgefahren wurde. Daraufhin sei das Pflanzbeet weggenommen worden. Er fragt nach, wann ein Ersatzbaum gepflanzt werde. Herr Mollenhauer sagt zu, sich entsprechend zu informieren und zu berichten.

8.7. Entfernen eines Baumes im Bereich der Eisdiele - Herr Pfeiffer

Herr Pfeiffer weist darauf hin, dass an der Eisdiele ein Baum umgefahren worden sei und erkundigt sich wo die Ersatzanpflanzung geplant sei. Herr Mollenhauer berichtet, dass ein Ersatzbaum auf der Grünfläche Ostwall/Esch gepflanzt worden sei. An dem bisherigen Standort habe ein Baum keine Entwicklungsmöglichkeit.

8.8. Sperrung der Straße "An der Kolvenburg" - Herr Schlieker

Herr Schlieker führt an, dass ihn der Besitzer von Terra Nova, Herr Großehagenbrock angesprochen habe, weil er sich Sorgen um die Zufahrt zu seinem Geschäft mache, wenn die Straße „An der Kolvenburg“ gesperrt werde. Herr Großehagenbrock habe die Verwaltung diesbezüglich angeschrieben, aber keine Rückantwort erhalten. Heute sei der Zeitung zu entnehmen, dass der Zugang zu dem Geschäft ermöglicht werde. Es müsse aber darauf geachtet werden, dass der Zugang für Kunden ungehindert möglich ist.

Frau Dirks berichtet, dass es ausführliche Gespräche mit Herrn Großehagenbrock und Herrn Hein gegeben habe und auch ein Protokoll erstellt wurde. Einen Dissens habe es nicht gegeben. Herr Großehagenbrock habe die Zusage, dass Änderungen des Ablaufes der Baumaßnahme mit ihm besprochen werden.

8.9. Beschneiden einer Hecke am Tiefen Weg - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer weist darauf hin, dass die Hecke auf dem Grundstück des seit dem vergangenen Sommer unbewohnten Hauses am Tiefen Weg ziemlich weit in den Gehweg hineinrage. Frau Dirks sagt zu, den Eigentümer zum Rückschnitt der Hecke aufzufordern

9. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck

Es werden keine Fragen von Bürgern der Stadt Billerbeck gestellt.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Bernhard Faltmann
1. stellv. Bürgermeister

Birgit Freickmann
Schriftführerin